

Chris Vielhaus

So beenden wir die Wohnungsnot wirklich

25. September 2018

Bezahlbare Wohnungen sind knapp. Fleißiges Bauen und mehr Wohngeld werden das Problem aber nicht lösen.

Hunderttausende von Geflüchteten lösten die Krise aus, die die Bundesrepublik auf Jahre beschäftigen sollte. Unmut über die Neuankömmlinge machte sich in der Bevölkerung breit. Die Politik sah sich zu drastischen Maßnahmen gezwungen.

Wir befinden uns im Jahr 1990. Nach der Wiedervereinigung machten sich Tausende Menschen aus der ehemaligen DDR auf den Weg, um in den attraktiven Ballungszentren im Westen ein neues Leben zu beginnen. Niemand hatte so plötzlich mit so vielen Wohnungssuchenden gerechnet. Die Preise stiegen.

Die Parallelen liegen auf der Hand. Nur gelten heute, im Jahr 2018, so viele Menschen wie noch nie als wohnungslos: 1,2 Millionen sind es. *1 Das sind fast 4-mal so viel wie noch vor 4 Jahren. #1

Anders als noch im Jahr 1990 betrifft die heutige Wohnungsnot aber nicht nur die Ärmsten. Längst haben auch Familien mit 2 Erwerbstätigen Probleme, in Städten wie München, Berlin oder Düsseldorf eine bezahlbare Unterkunft zu finden.



Der am vergangenen Freitag abgehaltene »Wohngipfel« sollte nun endlich die Wende bringen. Nur: Viele der beschlossenen Maßnahmen sind ausgerechnet dieselben, die uns erst in die Misere befördert haben. Dabei reicht ein Blick in die jüngere Geschichte, um Lösungen zu finden.

Zeit also für eine Zeitreise.

Erster Halt: Wiedervereinigung!

Wohnungskrise? Da war doch mal was

In den 1980er-Jahren lief es noch am deutschen Wohnungsmarkt. Durch jahrzehntelange Anstrengungen waren die Kriegsschäden behoben. Viele Menschen konnten sich sogar den Traum von den eigenen 4 Wänden erfüllen. Da fast alle versorgt waren, lehnte sich die staatliche Wohnpolitik zurück und lockerte die Regulierungszügel *2 für Vermieter und Immobilienunternehmen. *3 Trotzdem konnte die Bundesrepublik kurz vor der Wiedervereinigung noch immer fast 3 Millionen Sozialwohnungen ihr Eigen nennen.

Die deutsche Einheit setzte eine innerdeutsche Völkerwanderung gen Westen in Gang. Eigentlich waren für die Menschen auch genug Wohnungen vorhanden – nur leider nicht dort, wo sie gern leben wollten.

Die Antwort der Regierung Kohl: den sozialen Wohnungsbau hochfahren, um Wohnungen mit bezahlbaren Mieten zu schaffen. Das ging aber nicht von heute auf morgen. Pläne wollten gemacht, Baukapazitäten geschaffen und – nicht zu unterschätzen – qualifiziertes Personal und Material herangeschafft werden.

Wesentliche andere Maßnahmen gab es damals nicht. So dauerte es bis zum Ende der 1990er-Jahre, ehe sich der Wohnungsmarkt stabilisierte.

Eigentlich hätte es so schön sein können. Doch ab dem Jahr 2008 wendete sich der Trend und der Wohnungsmangel in Deutschland nahm wieder zu – ganz ohne neue Geflüchtete.



Was ist schiefgelaufen?

Die Antwort lautet: einiges. Doch »die da oben« sind nicht an allem allein schuld. Denn einige Entwicklungen der letzten Jahrzehnte haben die Wohnungsnot zusätzlich befeuert:

- > **Allein lebende Senioren:** Immer mehr alte Menschen leben allein. Wenn die Kinder aus dem Haus und der Ehepartner verstorben ist, ziehen nur wenige in kleinere Wohnungen um.
- Singlehaushalte: Immer mehr junge Menschen leben in
 Einpersonenhaushalten und teilen sich mit niemandem Küche und
 Bad. So braucht der Einzelne im Verhältnis mehr Fläche.
- > **Einkommensschere:** Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich immer weiter. So steigt die Konkurrenz um günstigen Wohnraum #4 unter der steigenden Zahl von Menschen mit geringem Einkommen. #5
- Normale Zuwanderung: Der Tenor hieß lange: Wir werden immer weniger, also brauchen wir nicht mehr viele Wohnungen. Trotzdem wanderten nach der Wende jedes Jahr mehrere 100.000 Menschen nach Deutschland ein – Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien, aus der Türkei oder aus Russland. *6 Auch sie brauchten eine Unterkunft.

An diesen Punkten ist politisch kurzfristig nicht viel zu drehen und sie allein hätten den Wohnungsmangel auch nicht so verschlimmert. Doch ein Trendsetter spielte noch mit und goss Öl ins Feuer: Vonovia.

Nächster Halt unserer Zeitreise: Ein Abstecher in die 2000er-Jahre.

Wie der große Ausverkauf des »Betongoldes« begann

Die meisten Deutschen haben von Vonovia *7 wahrscheinlich noch nie etwas gehört. Das sollten sie aber: Denn so heißt der größte Eigentümer



von Mietwohnungen in Deutschland. 355.000 davon besitzt der börsennotierte Konzern heute, dazu verwaltet er weitere 65.000 Wohnungen anderer Besitzer.

Neben Vonovia tummeln sich zahlreiche weitere Immobilienunternehmen wie die Deutsche Wohnen AG (163.000 Wohnungen) oder die LEG (91.000 Wohnungen) auf dem Wohnungsmarkt. Ihre Strategie: im großen Stil Wohnungen in den sogenannten »Schwarmstädten« *² erwerben. Vorzugsweise ehemalige Sozialwohnungen zum Schnäppchenpreis.

Und damit wären wir im Jahr 2004 angekommen. In dieser Zeit häuften sich Fälle wie diese: Der damalige Finanzsenator Berlins, Thilo Sarrazin, verkaufte auf einen Schlag 65.000 Wohnungen der damals noch staatlichen GSW Immobilien AG an den US-Investor Cerberus. **8 Stückpreis: 32.040 Euro. Für eine Wohnung in Berlin eine lächerlich geringe Summe. Zum Vergleich: Heute zahlt man für eine kleine 3-Zimmer-Wohnung in Berlin-Wedding ohne große Ansprüche im günstigsten Fall 200.000 Euro – die Skala ist nach oben offen.

Das ist kein Einzelfall. Durch diverse Deals wie diesen hatten viele Kommunen überall in der Republik die Kontrolle über die eigene Stadt verloren: Je weiter die Zahl der eigenen Sozialwohnungen und öffentlichen Grundstücke zurückging, umso weniger Einfluss konnten sie auf die Entwicklung nehmen.

Auf diese Weise schrumpfte der Bestand von Sozialwohnungen in den letzten 30 Jahren von 3 Millionen auf heute gerade noch 1,14 Millionen. *9 Bundesweit. Währenddessen steigen die Renditen der privaten Immobilienunternehmen durch Mietpreis-Steigerungen *3 und Luxussanierungen, *10 deren Kosten auf die Bewohner umgelegt werden, bis heute in immer neue Höhen. *11

Ein lohnendes Geschäft, bei dem nicht nur die Mieter verlieren, sondern auch die Staatskasse. So gab die öffentliche Hand bereits vor dem massiven Anstieg der Zuwanderung im Jahr 2014 jährlich etwa 16,5 Milliarden Euro für Mietförderungen im Rahmen von Grundsicherung und Wohngeld aus. *12 Allein in den Jahren 1980–2014 kamen so etwa 112



Milliarden Euro zusammen. Steuergelder, die vor allem Löcher stopfen, die der versagende Markt erst gerissen hat.

Davon profitieren auch diejenigen, die maßgeblich für das Problem verantwortlich sind: die großen Immobilienunternehmen. Steigen die Mieten aufgrund ihrer Aktivitäten, muss der Staat noch mehr Wohngeld aus Steuermitteln zahlen. Ein willkommenes »Perpetuum mobile« 4 aus Preissteigerung, Einfahren öffentlicher Gelder und immer neuen Gewinnzuwächsen.

Doch das reicht vielen Immobilien-Investoren noch nicht. Viele bezahlen auch eher ungern Steuern auf ihre Renditen: Ein Gutteil der Gewinne fließt durch dubiose Kanäle in Steueroasen wie zum Beispiel die Niederlande. *13 Im Jahr 2017 betrug allein Vonovias Reingewinn 2,567 Milliarden Euro. *14 Profit aus dem Ganzen gibt es also hauptsächlich für die Aktionäre, unter ihnen die Finanzkonzerne Blackrock, Barclays Capital und die Citigroup. *15 Sie sind damit mitverantwortlich, dass es seit dem Jahr 2008 mit dem bezahlbaren Wohnraum in Deutschland wieder bergab geht.

Haben die verantwortlichen Politiker in der Zeit neuer Geflüchteter und explodierender Wohnungspreise ihre Lektion gelernt?

Reisen wir mit unserer Zeitmaschine in die Gegenwart und finden es heraus. Nächster Halt: Wohngipfel 2018!

Bauen, bauen, bauen? - der Wohngipfel 2018

Kanzlerin Angela Merkel will die Wohnpolitik wieder zur Chefsache machen. Zusammen mit Innen-, Heimat- und Bauminister Horst Seehofer '5 lud die Bundeskanzlerin daher am vergangenen Freitag zum Wohngipfel in die Hauptstadt, um sich zu beraten.

Bereits vorab versprach die Kanzlerin, nicht zu kleckern, sondern beim Wohnraum zu klotzen. 1,5 Millionen neue Wohnungen sollen bis zum



Ende der Legislaturperiode entstehen. Auch der Bauminister favorisiert eine Lösung besonders: bauen.

Das klingt zunächst vielversprechend. Allerdings ist es nicht uninteressant, wer beim Wohnungsgipfel nicht mitreden durfte: die Wohnungssuchenden. Sehen wir also genauer hin, was genau wie und für wen gebaut werden soll.

> Wer entscheidet?

Auf dem Wohnungsgipfel waren die Immobilienunternehmen Vonovia und Co. vertreten, ebenso wie die Verbände der Bauwirtschaft – sie unterhalten beste Kontakte zur Politik. Als Vertreter derer, die betroffen sind und in den Wohnungen wohnen sollen, war einzig der Mieterbund geladen. David gegen Goliath also, denn ganz draußen bleiben mussten die zahlreichen Bürgerinitiativen für bezahlbaren Wohnraum, unabhängige Mietvereine und Vertreter der Wohnungslosen.



> Was soll gebaut werden?

1.500.000 neue Wohnungen klingen gut, das macht 375.000 pro Jahr. Nach dem ersten Regierungsjahr sind bisher aber nur 300.000 fertig. Das entspricht lediglich dem steigenden Bedarf, am grundsätzlichen Wohnungsmangel ändert sich dadurch nichts.

Schon vorab nannte Bauminister Horst Seehofer Deregulierung und Entbürokratisierung als Mittel der Wahl, um die ambitionierten Bauziele zu erreichen. Außerdem wurden erhebliche Steuervergünstigungen für Investoren beschlossen, um sie zum Bauen anzureizen. Auch nach dem Gipfel bleibt offen, ob der Bau von Luxuswohnungen, die für die Immobilienunternehmen besonders lukrativ sind, von den dafür versprochenen Förderungen und Steuerentlastungen ausgenommen oder reduziert sind.

Experten für Wohnen und Stadtentwicklung bewerten diesen Weg, ähnlich wie das umstrittene Baukindergeld, *16 als kostspielig und wenig effektiv. *17



> Für wen wird gebaut?

Auch wenn die Anreize zu mehr Baustellen im Land führen: Für den so dringend benötigten bezahlbaren Wohnraum sieht es besonders düster aus. So verkündete die Kanzlerin, dass 100.000 neue Sozialwohnungen gebaut werden sollen. Was sie nicht sagte: Das sind weniger als bisher – und bei weitem nicht genug, um dem Schwund entgegenzuwirken. Denn die genannte Zahl bezieht sich auf den Zeitraum bis zum Ende der Legislaturperiode. Im Jahr 2017 wurden zuletzt noch 27.000 Sozialwohnungen fertiggestellt.

Dementsprechend hat der Bund die bisherige Fördersumme von 1,5 Milliarden Euro sogar noch um 33% auf 1 Milliarde Euro reduziert. Reiner Wild, Geschäftsführer des Berliner Mietervereins e. V., findet dafür deutliche Worte: »Ein größeres Armutszeugnis kam man sich selbst gar nicht ausstellen. Es ist gelungen, die Öffentlichkeit zu blenden. Das hat nichts mit der Beseitigung der Engpässe bei preisgünstigen Wohnungen zu tun.«

Fazit:

»Soziale Wohnungspolitik gab es auf dem Wohngipfel nicht. Mietsteigerungen werden nicht verhindert, und schon gar keine neuen, bezahlbaren Wohnungen geschaffen.« – Reiner Wild, Geschäftsführer des Berliner Mietervereins e. V.

Die Devise »Einfach mehr bauen!« wird die Wohnungskrise also nicht lösen – zumindest solange private Wirtschaftsinteressen mitdiktieren, wer in den neuen Wohnungen leben darf, welche Mitbestimmungsrechte die Bewohner haben *18 und ob es Grenzen für die Preisentwicklungen gibt.

Eine echte Lösung liegt heute auf der Hand – ganz ohne Zeitmaschine.



3 Punkte, um Wohnen wieder zum Sozialgut zu machen

Anstatt den privaten Wohnungsmarkt endgültig von der Leine zu lassen, sollten wir ihm lieber einen Maulkorb anlegen – er hat schließlich in der Vergangenheit bewiesen, dass er ohne Aufsicht nicht kann. Das sehen auch die 200 Wissenschaftler so, die sich in einem Appell in der Zeitschrift suburban für eine »wirklich soziale Wohnungspolitik aussprechen«, die sich entschlossen gegen »die soziale Blindheit des Marktes« stellt. *19 Sie stammen aus den verschiedensten Feldern der Städteforschung, der Sozialwissenschaften sowie der Ökonomie und versuchen, die Regierung zum Handeln für die wohnungssuchenden Menschen und gegen Unternehmensprofite zu bewegen.

Mit diesem Plan können wir Wohnen für uns und künftige Generationen bezahlbar machen – und dauerhaft profitieren:



> Wohnungen klotzen, aber die richtigen:

Hier darf nicht gespart werden, auch wenn die anfänglichen Investitionen für Kommunen und Bund hoch sind. Wie sehr sich das lohnt, sieht man am Beispiel von Wien. Durchschnittsmiete: 5,68 Euro pro Quadratmeter. Das ist in etwa die Hälfte von dem, was in München fällig wird. Wie das geht? Nur 1/3 der Wohnungen in Wien *20 unterliegen dem freien Markt, die Stadt hingegen verfügt über 900.000. 6 Damit hat sich die österreichische Landeshauptstadt in den letzten Jahrzehnten einen Schatz zugelegt, statt die vorhandenen öffentlichen Güter unter Wert an Investoren zu verkaufen.

Gleiches gilt für wertvolles Bauland: Hier schlägt der Deutsche Gewerkschaftsbund vor, dies nicht länger einfach an die Höchstbietenden zu verkaufen, sondern nur an gemeinwohlorientierte Wohnungsunternehmen mit sozial nachhaltigen Konzepten. *21

Mehr Wohnraum in öffentlicher Hand spart so auf Dauer eine Menge Geld, *22 denn dann bräuchte es weniger individuelle Förderung für Mieter, die 18 Milliarden Euro pro Jahr würden in die Tasche von Vermietern umverteilt. Die Wiener haben das verstanden: Dort gibt es kein Wohngeld.



> Gemeinnützigkeit stärken:

Wer hier Mieter ist, hat das große Los gezogen: In Regionen mit Wohnungsmangel sind es häufig gemeinnützige Wohnungsunternehmen und Genossenschaften, die noch bezahlbare Wohnungen für Geringverdiener, Studenten und Rentner anbieten. Bund und Kommunen müssen also nicht alles allein machen, sondern können einen Teil der Förderungen und Subventionen hier nachhaltig anlegen.

Zudem gibt es viele Bürgerinitiativen wie das Mietshäuser Syndikat oder die Recht auf Stadt-Bewegungen, die sich bereits heute gegen die Herrschaft des Marktes stemmen.

Die Förderung dieser Zusammenarbeit ließe sich in ein Gesetz gießen, in dem die im Jahr 1988 abgeschaffte sogenannte Wohngemeinnützigkeit wiedereingeführt würde. **23 Grüne **24 sowie Linke **25 hatten das bereits im Jahr 2016 gefordert. Der Vorstoß scheiterte damals maßgeblich am Widerstand der Union, die die Anträge als »Panikmache« bezeichnete und darauf beharrte, der Markt funktioniere »im Großen und Ganzen«. **26



Wohnen neu denken:

Schon die 3 kleinen Schweinchen wussten: Wer ein stabiles Haus bauen will, der braucht Steine. Wer viele bauen will, braucht eine ganze Menge Steine, zusätzlich Holz, Beton, Dämmmaterial *27 und noch vieles mehr. Dazu noch qualifiziertes Personal, das alles zusammensetzt – und genügend Mitarbeiter im öffentlichen Dienst, die die Anträge effizient bearbeiten können. Denn auch hier hakt es, da in den Jahren 1991–2010 jeder dritter Arbeitsplatz für Baugenehmigungen in den Rathäusern gestrichen wurde.

Bei allen ambitionierten Plänen darf also nicht vergessen werden, dass es bereits beim heutigen Bauvolumen zu Ressourcen-Engpässen kommt.

**28 Umso wichtiger ist es daher, Alternativen zum klassischen Neubau und neue Wohnkonzepte mitzudenken. Beispiele gibt es viele: Tiny houses, **29 City-Lofts **30 und umgestaltete Immobilien wie ungenutzte Kirchen.

Das ist in jedem Fall nachhaltiger, als unnötig neue Flächen mit den falschen Wohnungen zuzupflastern. Die Umwelt freut sich nämlich **³¹ über jede Grünfläche, **³² die nicht mit Beton versiegelt wird.



Zusätzliche Informationen

- Als wohnungslos gilt, wer keine dauerhafte Wohnung hat und stattdessen in Unterkünften lebt, in denen der Aufenthalt zeitlich begrenzt ist.

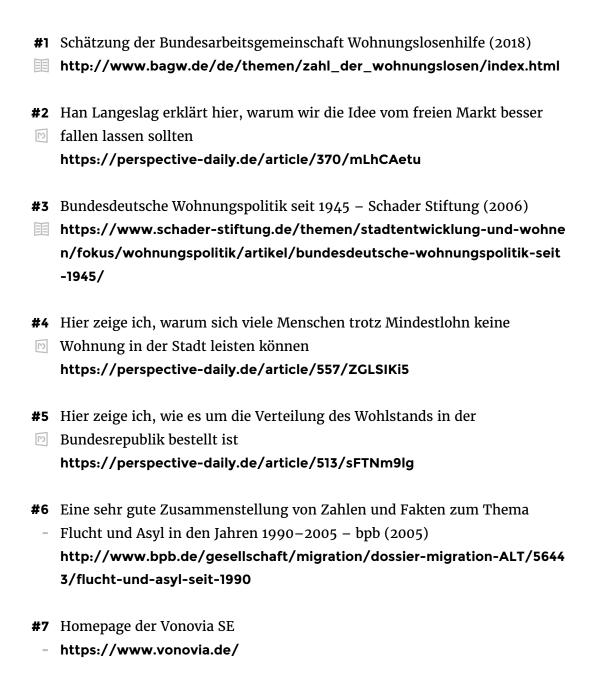
 Anerkannte wohnungslose Geflüchtete fließen mit in die Statistik ein. Ihre Zahl wird auf 686.000 geschätzt. Die Zahl der übrigen Wohnungslosen beträgt schätzungsweise 520.000 Menschen. Rechnet man die geflüchteten Zuwanderer heraus (was wenig Sinn ergibt, da sie genau wie jeder andere eine Wohnung brauchen), ist noch immer ein Anstieg von über 50% gegenüber dem Jahr 2014 zu verzeichnen. Auch die Zahl der von Straßenobdachlosigkeit betroffenen Menschen ist gestiegen: 52.000 Menschen leben ohne jede Unterkunft auf der Straße.
- *2 Als Schwarmstädte werden Wohnorte bezeichnet, die aufgrund beliebter Merkmale eine besonders hohe Anziehungskraft besitzen. Ein schöner Stadtkern mit angebundener Natur, eine ausgeprägte Infrastruktur oder eine renommierte Universität können auf dem Wohnungsmarkt schnell zu einer überproportionalen Nachfrage führen. Zu den bekannten Schwarmstädten in Deutschland gehören München, Hamburg oder auch Münster.
- In den mittelgroßen und großen deutschen Städten sind die Mieten seit dem Jahr 2012 teilweise um mehr als 30% gestiegen. In einigen Berliner Kiezen hat sich die Durchschnittsmiete in den vergangenen Jahren sogar verdoppelt. In München sind Kaltmieten bei kleinen Wohnungen von 25 Euro pro Quadratmeter nicht die Ausnahme, sondern eher die Regel.
- *4 Der Begriff »Perpetuum mobile« kommt aus dem Lateinischen und steht für »sich ständig Bewegendes«. Gemeint ist ein fiktives Gerät, das einmal aktiviert ewig in Bewegung bleibt und je nach Konstruktion Arbeit verrichten kann.



- *5 Mitte September kamen Zweifel an der Prioritätensetzung Seehofers auf. So plante er kürzlich, den ausgewiesenen Wohnungspolitik- Experten und Staatssekretär Gunther Adler (SPD) zugunsten des ehemaligen Präsidenten des Verfassungsschutzes Hans-Georg Maaßen in den Vorruhestand zu schicken. Nach einigem politischen Hin und Her bleibt Adler aber nun doch im Amt. Nach aktuellem Stand wird Maaßen eine andere Stelle im Innenministerium einnehmen.
- *6 220.000 als direkte Gemeindewohnungen, 200.000 Wohnungen in gemeinnützigen Wohnungsunternehmen und der Rest öffentlich gefördert mit dauerhafter Mietbindung.



Quellen und weiterführende Links





#8	Die Berliner Zeitung über den Verkauf der größten landeseigenen Berliner Wohnungsbaugesellschaft GSW (2004) https://www.berliner-zeitung.de/gsw-verkauf-fuer-405-millionen-euro-erhielt-breite-zustimmung-15556254
#9	Entwicklung der Zahl von Sozialwohnungen in der Bundesrepublik https://de.statista.com/infografik/12473/immer-weniger-sozialwohnungen-in-deutschland/
#10	Beitrag in der rbb-Abendschau mit dem Thema »Angst vor Modernisierung bei Vonovia-Wohnungen« https://www.rbb-online.de/abendschau/archiv/20180917_1930/vonovia. html
#11 -	Der NDR berichtet über Mieterhöhungen nach Sanierung https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/panorama3/Wohnungsgesel schaft-Mieterhoehung-nach-Sanierung,mieterhoehung104.html
#12	Neue Wohnungsgemeinnützigkeit – Rosa-Luxemburg-Stiftung (2018) https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/Studien_5 -17_Neue_Wohnungsgemeinnuetzigkeit.pdf
#13	Wie die Steuertricks von großen Konzernen funktionieren, erkläre ich hier https://perspective-daily.de/article/607/SQ0Cv2hn
#14	Geschäftsbericht Vonovia 2017 (2018) https://investoren.vonovia.de/download/companies/deutscheanningtorimmo/Annual%20Reports/DE000A1ML7J1-JA-2017-EQ-D-00.pdf
#15	Der große Ausverkauf – Verdi (2018) https://publik.verdi.de/2018/ausgabe-04/gesellschaft/gesellschaft/seit e-9/der-grose-ausverkauf
#16	Hier kommentiere ich, warum das Baukindergeld eine Mogelpackung ist https://perspective-daily.de/article/565/CtZE8cFI



#17 Artikel in der Zeitschrift für kritische Stadtforschung (2018, PDF) http://zeitschrift-suburban.de/sys/index.php/suburban/article/view/411 /585 #18 Gastautorin Laura Kingston zeigt in ihrer Reportage aus Berlin, wie das funktioniert https://perspective-daily.de/article/590/WpYWQgvb #19 Wissenschaftler fordern Schutz der Bestandsmieten, Gemeinnützigkeit und - Demokratisierung für eine soziale Wohnungspolitik (2018, PDF) http://zeitschrift-suburban.de/sys/index.php/suburban/article/view/411 /585 #20 Website der Stadt Wien zum Thema »Soziales Wohnen« https://www.wien.gv.at/wohnen/unterstuetzungen/sozial/index.html **#21** Pressemitteilung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (2018) http://www.dgb.de/presse/++co++9ae702d8-b00d-11e8-92ab-52540088 cada **#22** Öffentliche Investitionen und inklusives Wachstum in Deutschland – Bertelsmann-Stiftung (2017) https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen /GrauePublikationen/NW_OEffentliche_Investitionen_und_inklusives_W achstum.pdf **#23** Studie mit Details zu Voraussetzungen, Modellen und erwarteten Effekten einer »Neuen Wohnungsgemeinnützigkeit« (2017, PDF) https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/Studien_5 -17_Neue_Wohnungsgemeinnuetzigkeit.pdf #24 Antrag: Die neue Wohngemeinnützigkeit – Bündnis 90/Die Grünen (2016, PDF)

Chris Vielhaus

So beenden wir die Wohnungsnot wirklich
perspective-daily.de/article/630/q6tgHNtW

http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/080/1808081.pdf



- **#25** Antrag: Bundesweiten Aktionsplan für eine gemeinnützige
 - Wohnungswirtschaft auflegen Die Linke (2016, PDF)
 http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/074/1807415.pdf
- **#26** Mitschnitt der ersten Lesung »Aktionsplan für gemeinnützige
- Wohnwirtschaft« Deutscher Bundestag (2016) https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2016/kw15-de-wohn ungswirtschaft/417582
- #27 Eine aktuelle Studie zeigt: Energieeffizient bauen ist nicht so viel teurer,
 - wie h\u00e4ufig behauptet wird (2018, PDF)
 https://background.tagesspiegel.de/wp-content/uploads/2018/09/Gutachten-Wirtschaftlichkeitsuntersuchung.pdf?utm_campaign=Background&utm_medium=Email&utm_source=Tagesspiegel_Newsletter
- #28 Fachkräftemangel im Handwerk führt zu Auftragsabsagen (2018)
 - http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/arbeitsmarkt-handwer
 k-beklagt-dramatischen-fachkraeftemangel-a-1228397.html
- #29 Tiny houses: Das Wohnen der Zukunft? NDR (2018)
 - https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Tiny-Hous
 e-Wohnen-der-Zukunft,tinyhouses100.html
- #30 David Ehl berichtet über Lösungen durch Architektur und fordert »City
 - □ Lofts« für alle! https://perspective-daily.de/article/11/mT5WnqBi
- #31 Felix Austen zeigt am Beispiel der Wärmepumpe Vorteile des nachhaltigen
- Bauens auf https://perspective-daily.de/article/365/kqMtUm1n
- #32 Felix Austen erklärt, warum sich Flächenversiegelung durch den Menschen
 - negativ auf die Natur auswirkt
 https://perspective-daily.de/article/392/p2id2fHc